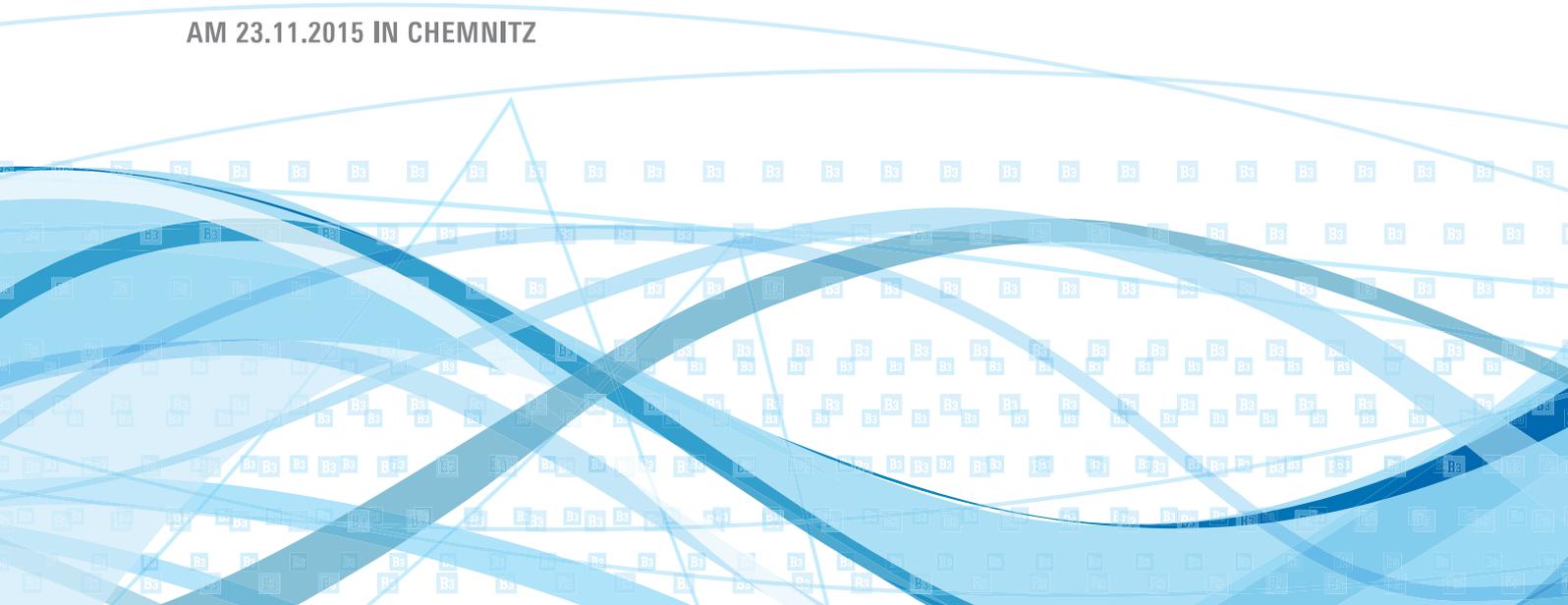


FACTAG „KOMMUNALE BERATUNG IM KONTEXT VON FLÜCHTLINGSHILFE UND INTEGRATION“

AM 23.11.2015 IN CHEMNITZ





INHALTSVERZEICHNIS

- 1 **INHALTSVERZEICHNIS**
- 2 **EDITORIAL**
- 3 **GRUSSWORT**
Ralf Hron, DGB Südwestsachsen
- 8 **WO STEHEN WIR IN 10, 20 JAHREN?**
Vortrag von Dr. Hans Dietrich Frhr. von Loeffelholz,
Migrations- und Integrationsforscher
- 15 **WAS KANN BERATUNG LEISTEN?**
Vortrag von Bernd Stracke, Institut B3
- 23 **AUSTAUSCH UND VERNETZUNG IM „WORLD-CAFÉ“**
Zusammenfassung des World-Cafés
- 32 **REFERENTENVERZEICHNIS**
- 36 **IMPRESSUM**

EDITORIAL

Unter dem Motto „Integrieren heißt Investieren“ hatte das Institut für Beratung, Begleitung und Bildung e.V. am 23. November 2015 zum Fachtag „Kommunale Beratung im Kontext von Flüchtlingshilfe und Integration“ nach Chemnitz eingeladen.

Die Landkreise und Kommunen stehen vor großen Herausforderungen, die Aufnahme und Versorgung von Geflüchteten zu organisieren. Dabei sind Faktoren, wie z. B. die Organisation von Unterstützer/innen-Netzwerken, die Kommunikation zwischen Land, Landkreis und Kommune und eine sensible Öffentlichkeitsarbeit zu beachten.

Der Fachtag bot kommunalen Akteuren aus Politik, Verwaltung, Bündnissen und Vereinen aus Sachsen die Gelegenheit, sich über aktuelle Probleme auszutauschen und einen Blick in die Zukunft zu wagen.

Es war eine ereignis- und abwechslungsreiche Veranstaltung, bei der viele wichtige aktuelle Themen lebhaft diskutiert wurden. Mit dieser Dokumentation geben wir einen inhaltlichen Ausschnitt der Tagung wieder: Berichte aus dem World Café, Vorträge, das Grußwort von Ralf Hron, Fotos und Illustrationen. Wir wollen auch denen, die nicht persönlich teilnehmen konnten, einen Einblick in das Programm des Fachtages geben.

Wir wünschen Ihnen viel Freude mit der Dokumentation und empfehlen Ihnen für die digitale Nachlese gerne auch die Internetseite www.institutb3.de.

Das Institut B3 ist auch in Zukunft Ihr kompetenter Ansprechpartner, um Sie bei der Lösung von Problemen wie Asyl-Proteste, Populismus und Politikverdrossenheit zu unterstützen.


Mike Brendel


Bernd Stracke

GRUSSWORT

**Ralf Hron, DGB Regionsgeschäftsführer
Südwestsachsen**

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

„Die Zuwanderung von Flüchtlingen nach Deutschland hat Ausmaße erreicht, deren Folgen von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft nur mit gemeinsamen Anstrengungen erfolgreich bewältigt werden können“. Mit dieser Aussage wenden sich Annelie Buntenbach und Peter Clever, in einem gemeinsamen Schreiben als Verwaltungsratsvorsitzende bzw. Stellvertreter der Bundesagentur für Arbeit an die Öffentlichkeit und die Regionaldirektionen im ganzen Land. Dies zeigt, die Arbeitnehmer und Arbeitgeber sind sich darin einig, dass die Integrationsaufgabe nicht nur eine verdammt gewaltige, sondern im Moment die wichtigste gesamtgesellschaftliche Aufgabe in unserem Land ist. Gleichzeitig ist dies ein Angebot: Wir Sozialpartner wissen nicht nur um die Bedeutung von Integration, sondern wir werden uns aktiv und umfassend daran beteiligen.



Sehr viele Beschäftigte sind mit Integrationsleistungen – Transport, Sicherheit und andere Versorgungsleistungen –, dem verwaltungsmäßigen Bearbeiten von Anträgen aller Art und nicht zuletzt bei der Integration von Migrantinnen und Migranten in den Betrieben beschäftigt. In vielen verschiedenen institutionellen Kontexten sind wir mit der Flüchtlingsbewegung und ihren Auswirkungen beschäftigt. An erster Stelle seien hier die Verwaltungsausschüsse der Arbeitsämter im gesamten Land genannt, die sich seit Monaten in einem sehr intensiven Prozess mit der Thematik beschäftigen müssen.

Spätestens mit der Ernennung des Chefs der Bundesanstalt für Arbeit, Frank-Jürgen Weise, zum Leiter des BAMF dürfte klar sein, welche Bedeutung der Integration im Kontext von Arbeitsmarkt und Arbeitsverwaltung zukommt. Die Arbeitsdirektionen, deren Geschäftsstellen und Mitarbeiter, sind in allen Kommunen für die Verantwortlichen ein sehr wichtiger Ansprechpartner für viele Fragen. Sie verfügen über ein sehr ausgeprägtes Verwaltungssystem und sind tagtäglich und unabhängig von Zeit und Raum Ansprechpartner.

Mir ist es besonders wichtig zu betonen, dass die Sozialpartner die Ankunft von Flüchtlingen und Migranten/innen als große Chance für die wirtschaftliche Entwicklung und den Arbeitsmarkt sehen.

Angesichts der demografischen Entwicklung und der bereits heute einsetzenden Fachkräftesuche ist dies für die wirtschaftliche Entwicklung eine sehr wichtige Aussage. Es gibt viele offene Stellen, die Unternehmen suchen Fachkräfte.

Gleichzeitig wissen wir allerdings, dass viele Flüchtlinge weder über formale Berufsabschlüsse, geschweige denn über schriftliche Nachweise oder Zeugnisse verfügen. Um Geflüchteten eine Chance zur beruflichen Integration geben zu können, werden wir Wege finden müssen, zunächst die beruflichen Kompetenzen und Erfahrungen zu erfassen. Um dann für jede einzelne Person den geeigneten Weg in Qualifikation, berufliche Weiterbildung und zunächst natürlich in Sprachkurse zu finden.

Die berufliche Integration wird bei der Frage von mittel- und langfristigen Chancen für die Flüchtlinge die alles entscheidende Frage sein, ob eine Teilhabe an unserer Gesellschaft möglich sein wird. Mir ist klar, dass – für die Kommunen und alle Beteiligte – zunächst die Fragen von Unterkunft, Verpflegung, zentraler oder dezentraler Unterbringung von ersten sozialen Kontakten im Moment vordringlich sind.

Aber schon nach wenigen Tagen in einer Erstaufnahme steht die Frage im Vordergrund, was die Menschen

täglich zu tun haben werden. Es geht also – mit und neben der sprachlichen Befähigung – zuvorderst um die Frage sinnvoller Beschäftigungen. Damit verbunden ist, ob eine Person in der Lage ist, für ihr Einkommen selbst zu sorgen. Oder ob große Teile der Flüchtlinge und Migranten mit Bleibeperspektiven dauerhaft auf Sozialtransfers angewiesen sein werden – mit einhergehender Ausgrenzung.

Im Zusammenhang mit einer beruflichen Integration stehen weitere Fragen: Arbeit, berufliche Qualifikation, Arbeitsschutz, Entlohnung und soziale Sicherheiten sind in unserem Land umfassend geregelt. Eine der Kernanforderungen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern ist es aus diesem Grund, die Integration von Flüchtlingen und Migranten/innen in den bewährten Regelkreisläufen durchzuführen, und zwar in den Kreisläufen, die hierfür vorgesehen und vereinbart sind. Wir werden selbstverständlich auf keinen Fall Ausnahmen vom Mindestlohn, von den Qualitätsstandards der dualen beruflichen Ausbildung oder den Arbeitszeitverordnungen zulassen. Wir werden weder

für Flüchtlinge noch für die einheimische Bevölkerung Lohndumping und menschenunwürdige Bedingungen zulassen. Dies würde weder den Flüchtlingen noch der Mehrheitsgesellschaft guttun.

Expertenaussagen und Erfahrungen zeigen, dass den Flüchtlingen der Erwerb sprachlicher Kompetenzen im Zusammenhang mit beruflicher Qualifikation und Arbeitschancen besonders gut gelingt. Die Motivation, unsere Sprache zu erlernen, ist in den unterschiedlichsten Zusammenhängen in Unternehmen, Betrieben und Verwaltungen natürlich besonders hoch. Migranten/innen und Flüchtlinge lernen im Kontakt mit den einheimischen Kolleginnen und Kollegen besonders gut und schnell. Sprachliche Teilhabe ist Grundvoraussetzung für jede Qualifikation und für jeden Arbeitsplatz.

Die Erfahrungen aus der Arbeitsmarktreform der vergangenen Jahre sollen jetzt auch bei der Integration durch Arbeit und Qualifikation eine entscheidende Rolle spielen. Neben den Arbeitsdirektionen sind

die Jobcenter die zentrale Ansprechadresse für Menschen, die Arbeit suchen, ihre Arbeit verloren haben oder und sich beruflich neu orientieren. Ich bitte Sie, in der kommunalen Beratung im Kontext mit Flüchtlingen, dies immer im Blick zu behalten.

Seit vielen Wochen sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Verwaltungen, im Gesundheitssystem, bei den Sicherheitsbehörden und der Polizei ganz unglaublichen Belastungen auf Grund der Flüchtlingssituation ausgesetzt. Es gibt Verwaltungsbereiche, bei denen die Arbeitsbelastungen über jedes vertretbare Maß hinaus angestiegen sind.

Obwohl die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die zahlreichen Helferinnen und Helfer mit großem Engagement im Einsatz sind, werden diese Belastungssituationen nicht unendlich weitergeführt werden können. Die Bewältigung der Integrationsanforderungen wird aus unserer Sicht auch ganz wesentlich davon abhängen, ob wir in der Gesellschaft bereit sind, große Investitionsanstrengungen zu unternehmen. Investiti-

onen in gute Arbeit, für Polizistinnen und Polizisten, für Kindergärtnerinnen und Kindergärtner, für Lehrerinnen und Lehrer, für Verwaltungsmitarbeiter/innen in den Kommunen, für Ausbilderinnen und Ausbilder, für Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter usw.

Die Kommunen als Ort, wo die Menschen leben und an dem eine Integration in eine offene Gesellschaft durchgeführt werden kann, müssen natürlich entsprechend finanziell ausgestattet werden. Es gibt viele Bereiche, die in den vergangenen Jahren im öffentlichen Dienst, bei Dienstleistungen im kommunalen Kontext und bei der medizinischen Betreuung nahezu ausgetrocknet wurden. Ohne eine wesentliche Aufstockung der Mittel wird die Integrationsaufgabe insgesamt nicht gelingen können. Viele dieser Einrichtungen sehen sich auch unabhängig von der Flüchtlingsfrage riesigen Herausforderungen gegenüber.

Gewerkschaften werden in der Auseinandersetzung um Feindlichkeit gegenüber Geflüchteten permanent angesprochen und einbezogen. Überall wo Demon-

strationen der Zivilgesellschaft, Flüchtlingsnetzwerke oder Hilfsprojekte entstehen, werden wir um Unterstützung gebeten. Wir führen selbst viele Beratungen, z. B. von Schulen, Ausbildungseinrichtungen und Unternehmen, durch und sind in zahlreichen Projekten engagiert. Für Betriebs- und Personalräte ist Integration eine Daueraufgabe. Seit vielen Jahren führen wir Projekttag, z. B. für die interkulturelle Kompetenzbildung durch. Und wir qualifizieren selbst viele Helferinnen und Helfer in sozialen Diensten, wie z. B. der AWO und den Feuerwehren.

Arbeitnehmerorganisationen, wie Gewerkschaften, leben Solidarität. Für uns sind Menschen generell gleich, egal wo sie herkommen, egal wo sie hingehen, egal welche weltanschauliche, religiöse persönliche Meinung sie vertreten. Wir stehen aus diesem Grund für eine offene, auch weltoffene Gesellschaft und wollen und werden unseren Beitrag leisten.

Gleichzeitig gibt es bei unseren Mitgliedern, bei den Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben, Verwal-

tungen und Unternehmen die gleichen Diskussionen und auch Ängste wie in der gesamten Bevölkerung. Wir sind der Spiegel unserer Gesellschaft.

Aus diesem Grund sehen wir die Integrationsaufgaben auch als Aufgaben nach innen. Gleichzeitig sind wir Partner für alle, die sich in kommunalen und betrieblichen Kontexten an der Integrationsaufgabe beteiligen, über jede ideologische Grenze und mit allen Partnern, die hierfür einen Beitrag zu leisten bereit sind.

Ich wünsche Ihnen und uns für diese Tagung und für die kommenden Aufgaben viel Erfolg.

Glück auf!

WO STEHEN WIR IN 10, 20 JAHREN?

Auszug aus dem Vortrag von Dr. Hans Dietrich
Frhr. von Loeffelholz, Essen

Den vollständigen Vortrag finden Sie als PDF-
Dokument auf unserer Website www.institutb3.de

Herausforderungen durch Bildung und Ausbil- dung von Flüchtlingen und ihre schwierige und langwierige Arbeitsmarktintegration

Neben dem Bund, der weitere und mehr Integrations-
kurse, vor allem auch für Bleibeberechtigte, anbietet,
sind alle Länder besonders gefordert durch die aktu-
elle Zuwanderung wegen des vergleichsweise hohen
Anteils von jungen schulpflichtigen Migranten. Daraus
ergeben sich große Herausforderungen in den Klas-
sen, aber auch Chancen für alle Bildungs- und Wei-
terbildungsbereiche. Angesprochen sind dabei nicht
nur der primäre bis tertiäre Bildungsbereich, sondern
gerade auch das berufliche Bildungssystem, in dem



durch die duale Ausbildung, derentwegen ja auch vie-
le junge Flüchtlinge und Asylbewerber nach Deutsch-
land kommen, besonders das lokale Handwerk und
die Kleinen und Mittleren Betriebe (KMU) wegen zu-
sätzlicher Ausbildungsstellen gefordert sind.

Auch wenn die Arbeitslosigkeit in Sachsen bei 8–9%
bundesweit betrachtet relativ hoch erscheint und hier
weniger offene Stellen als in westdeutschen Ländern
verfügbar sind, sind erfahrungsgemäß kaum Verdrän-
gungseffekte bei Einheimischen durch die aktuelle Zu-

wanderung zu befürchten. Im Allgemeinen schafft
nämlich Zuwanderung mehr Arbeitsplätze und führt
erfahrungsgemäß kaum zu zusätzlicher Arbeitslosig-
keit oder Lohneinbußen bei Einheimischen. Es geht
vor allem um die Ausschöpfung von Potenzialen durch
alle schulischen und beruflichen Bildungsakteure und
-träger durch mehr personelle und infrastrukturelle In-
vestitionen ins Bildungssystem. Auch die Wirtschaft
sollte die Chancen erkennen und ergreifen und ihrer-
seits mehr ausbilden und einstellen.

Klar ist, dass die Konkurrenz um einfache Arbeitsplä-
tze und Lohndumping durch Immigranten zunehmen
wird, es wird aber auch einen „Offiziereffekt“ geben,
mit dem Einheimische in bessere Stellungen aufrü-
cken. Dabei kommt den Tarifparteien und der Tarifge-
bundenheit von Unternehmen und den entsprechen-
den Regelkreisen nach den Erfahrungen in der frü-
heren Bundesrepublik besondere Bedeutung für die
Arbeitsmarktintegration zu. „Integrieren heißt Inves-
tieren“ ist hier zu beachten und der beste Schutz vor
„homegrown terrorism“ von jungen Flüchtlingen.

Was können Mittel- und Ostdeutschland noch weiter
lernen von den Erfahrungen in der langen Migrations-
geschichte in Westdeutschland, wie sie an dem oben
gezeigten Schaubild 1 klar wird? Wenn auch viele Er-
fahrungen nur begrenzt übertragbar erscheinen, dürf-
ten sich Probleme für das „untere Viertel“ der Gesell-
schaft ergeben und da v.a. die früher zugewander-
ten Ausländer, die aber fast ausschließlich im Westen
der Republik anzutreffen sind, wie aus dem Schau-
bild 2 hervorgeht. Ihre Integration ins Bildungssystem
muss so schnell wie z.B. in Kanada erfolgen, schon
in der ersten Generation. Wie anhand des Schaubilds
4 deutlich wird, dauert es in Deutschland zu lange,
bis die ausländischen Schulabgänger zu den deut-
schen aufholen; dieser Prozess weist auch nach drei-
ßig Jahren immer noch erhebliche Defizite bei der
Bildungsintegration auf. Wenn dabei auch statisti-
sche Verzerrungen zu beachten sind, weil viele jun-
ge Zuwanderer und Zuwanderinnen im Betrachtungs-
zeitraum von der „ausländischen“ zur „deutschen“
Gruppe gewechselt und zu „deutschen“ Schulabgän-
gern geworden sind, machen viel zu viele der jungen

Migranten nur den Hauptschulabschluss (und noch mehr gar keinen Abschluss), und viel zu wenige legen das Abitur ab und studieren. Diese Unterschiede können nur durch mehr personelle und infrastrukturelle Investitionen in dieses Humankapital, ein höheres Engagement der Eltern und durch ein besseres Zusammenwirken von Eltern und Schule verringert werden.

Bedeutung der Migration und Integration im längerfristigen demographischen Wandel in Sachsen und Deutschland

Die angesprochenen zusätzlichen Investitionen ins Bildungssystem sind umso dringender, weil die Bevölkerung Ostdeutschlands nach der aktuellen koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung der amtlichen Statistik im Zeitraum von 2015 bis 2030 je nach Zuwanderungsvariante zurückgehen wird, in Sachsen zwischen 7,7 und 9,5%. Bayern und Baden-Württemberg dagegen legen weiter zu. In Chemnitz reduziert sich die Bevölkerung bis 2025 gegenüber 2009 voraussichtlich um 9 bis 12,2%, während in den in Bayern und Baden-Württemberg gelegenen Metropolre-

gionen München und Oberbayern bzw. Franken und Stuttgart die Bevölkerung voraussichtlich weiter zunimmt. Vor diesem Hintergrund sollte in Ostdeutschland Migration und Integration von Flüchtlingen und Asylbewerbern auch als Mittel zur Abfederung des demografischen Wandels angenommen und als Möglichkeit einer besseren Positionierung im interregionalen Standortwettbewerb gesehen werden.

Die Ausschöpfung des entsprechenden Potenzials und Humankapitals ist umso wichtiger, als nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit aus dem Frühjahr 2011 das Arbeitskräftepotenzial bundesweit bis 2025 um 6,5 Mio. Personen auf reichlich 38 Mio. Personen abnimmt (Schaubild 5); in Sachsen werden schon in zehn Jahren ca. 325.000 Arbeitskräfte weniger zur Verfügung stehen.

Dies bedeutet einen Rückgang für den Freistaat um -17% auf dann nur noch 1,675 Mio. statt heute 2 Mio. Arbeitskräfte, in Bezug auf Chemnitz sind danach 20.000 Arbeitskräfte weniger verfügbar.

Hier stehen folgende Handlungsoptionen zur Verfügung:

(1) Nutzung heimischer, interner Möglichkeiten

- durch die Verringerung der Zahl von Schul-, Ausbildungs- und Studienabbrechern in allen Bildungsbereichen und Gruppen mit und ohne Migrationshintergrund,
- durch weiteren Abbau der Arbeitslosigkeit, v.a. der Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit, und
- mehr und längere Beteiligung am Arbeitsleben.

Darüber hinaus sind in Betracht zu ziehen

(2) Externe Möglichkeiten der Migration von außerhalb der EU, wie

- Ausbildung bzw. Weiterbildung von gut qualifizierten Asylbewerbern und Flüchtlingen – nicht zuletzt auf der Grundlage des Bundes-Anerkennungsgesetzes von 2012, wobei hier die Tarifparteien, v.a. die

nichttarifgebundene Wirtschaft, in ganz Ostdeutschland durch eine stärkere Nutzung dieser Möglichkeiten gefordert sind.

Bisher wurde das quantitative Verhältnis zwischen (1) und (2) von der Arbeitsmarkt- und Migrationspolitik bundesweit mit 9:1 an- bzw. vorgegeben. Mit Blick auf die aktuelle Entwicklung könnte der migrationspezifischen Handlungsoption politisch und regional durchaus auch unterschiedlich eine größere Rolle zugemessen werden, was naturgemäß im politischen Prozess auch mit der Länderebene ausgehandelt werden müsste und was die eigene Verantwortung der Bevölkerung in Deutschland zur Abfederung des demokratischen Wandels ein Stück weit reduzieren, aber auch problematische entwicklungspolitische Implikationen für die Herkunftsländer provozieren würde. Dies gilt noch verstärkt, wenn über ein

(3) (Neues) Einwanderungsgesetz in Deutschland diskutiert wird. Dabei sollte indes berücksichtigt werden, dass es, wie oben schon gezeigt, bereits zahlreiche legale Möglichkeiten der Zuwanderung

außerhalb des Asylrechts, z. B. für Studenten und Auszubildende, (potenzielle) Arbeitsmigranten einschl. Forscher, Hochqualifizierte, Unternehmer und Selbständige (s. o. 37.000 Visa 2014) sowie für Familienangehörige unter klar geregelten Voraussetzungen gibt, die schon bei der Antragstellung eines entsprechenden Visums im Herkunftsland bei der deutschen Botschaft oder einem deutschen Konsulat vorliegen bzw. glaubhaft bestätigt werden müssen: Es muss ein Studien- oder Ausbildungsplatz vorhanden sein, es müssen Arbeitgeber in Deutschland bereit sein, zusätzliche Arbeitsplätze nach den hierzulande allgemein geltenden Tarif- und Arbeitsbedingungen ohne Diskriminierung anzubieten und zur Verfügung zu stellen, bzw. es muss ein von der lokalen Wirtschaft bestätigtes wirtschaftliches Bedürfnis nach zusätzlicher Selbständigkeit bzw. nach weiterer ethnischer Ökonomie vor Ort vorliegen. Für den Familiennachzug müssen die eigenständige Sicherung des Lebensunterhalts, wie auch bei einem Visum zur Arbeitsplatzsuche in der Bundesrepublik, und ausreichender Krankenversicherungsschutz für die Familie gewährleistet sein. Eine Einwanderung ohne die Erfüllung dieser jeweiligen Voraussetzungen ist abzulehnen, sie führt letztlich zu einer Einwanderung in die Sozialsysteme mit lang anhaltendem Transferbezug, was das gesamte Zuwanderungsrecht in Frage stellen dürfte und dem seit zehn Jahren erfolgreich praktizierten Ansatz, Migration und Integration als „Zwei Seiten einer Medaille“ (Schäuble 2005) zu betrachten, strikt zuwiderlaufen würde.

der Zuwanderungs- und Eingliederungspolitik durchgängig praktiziert – auch die aktuelle Migration und Integration von Flüchtlingen und Asylbewerbern als die beiden Seiten einer Medaille verstanden werden. „Integrieren heißt Investieren“ gilt heute mehr denn je auf allen Ebenen und in allen Lebensbereichen – auch zur Vorbeugung gegen Radikalisierung der Jugendlichen: Ihre Ausbildung und die Möglichkeit, adäquate Arbeitsplätze zu erhalten, sind die wichtigsten präventiven Ansätze dabei.

Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

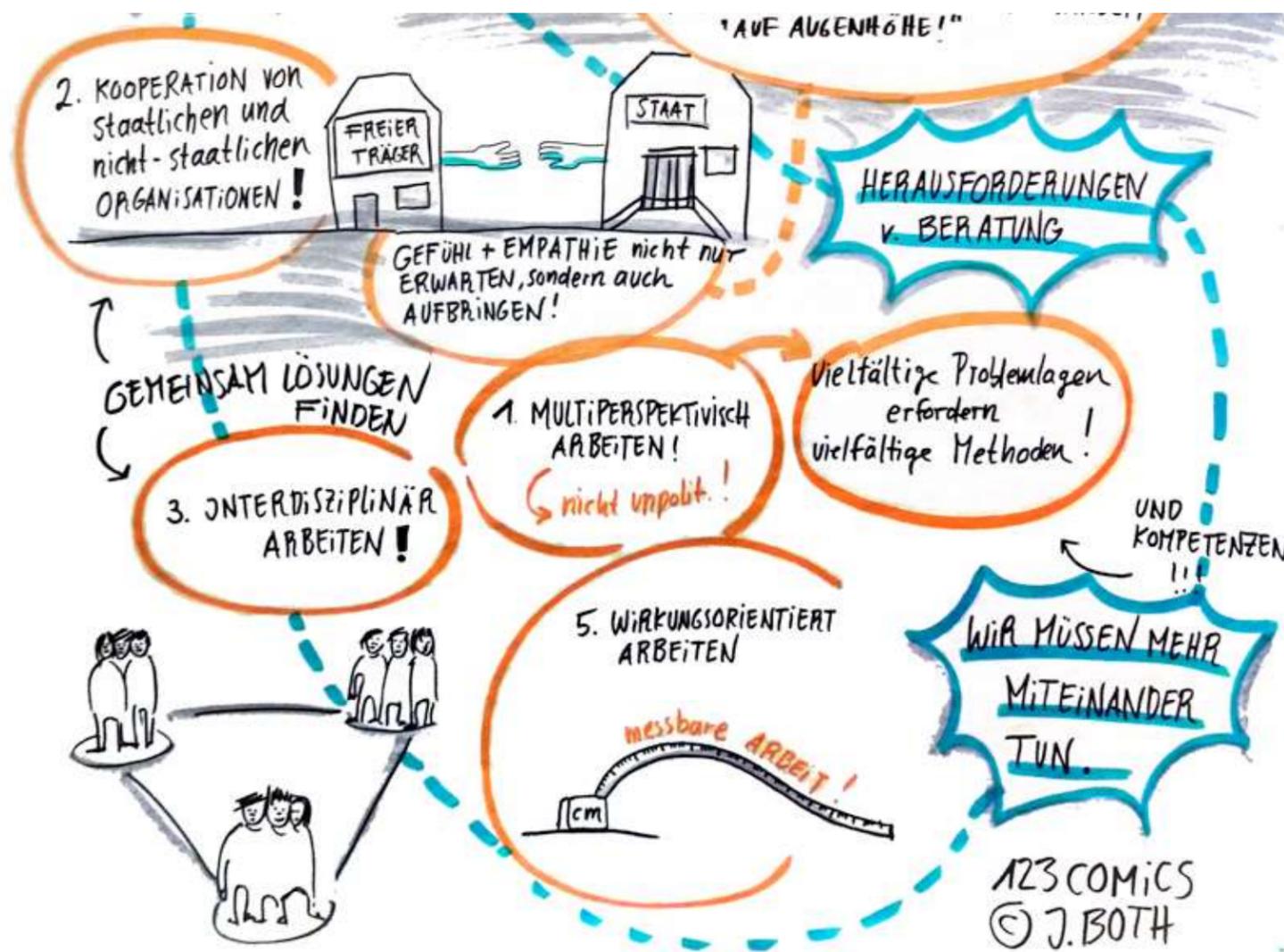
Anhaltende Herausforderungen durch Asyl- und Fluchtmigration aus Syrien und dem Nahen Osten sowie Nordafrika und dem Westbalkan, die seit diesem Sommer in Deutschland sowie für die anderen EU-Ländern sprunghaft zugenommen haben, stellen die innerdeutsche wie innereuropäische Solidarität auf eine Probe, sollten aber auch als Chance für Deutschland insgesamt und gerade auch für seine ostdeutschen Länder begriffen werden. Wie früher auch muss davon ausgegangen werden, dass viele Flüchtlinge auf Dauer bleiben und sich mehr oder weniger integrieren. Deshalb müssen – wie seit zehn Jahren von

Dies erfordert die nachhaltige Entwicklung einer Willkommens-, Anerkennungs- und Bleibekultur zur besseren Integration der Zuwanderer da, wo eine solche Kultur noch fehlt, und ihre Aufrechterhaltung dort, wo sie sich durch jahrzehntelange überwiegend positive Erfahrungen mit anderen Menschen, Traditionen und Kulturen etablieren konnten.

Dazu beitragen kann eine (weitere) interkulturelle Öffnung aller Strukturen, gerade auch der Unternehmen, der Verbände und von Landes- wie Kommunalverwal-

tungen, was sicher vielen nicht leichtfällt, aber zur Vermeidung von hohen ökonomischen und gesellschaftlichen Kosten der Nichtintegration von Flüchtlingen und Asylbewerbern, wie ihre Arbeits-, Erwerbs- und damit Perspektivlosigkeit, ihre Marginalisierung und Segregation, erforderlich ist.

Der aktuelle Umgang mit Flüchtlingen und Asylbewerbern und ihre Aufnahme erscheinen wichtig auch als Signal für die Migrantinnen und Migranten, die Deutschland im Allgemeinen und Ostdeutschland im Besonderen im demografischen und wirtschaftlichen Wandel der Schrumpfung und Alterung der Bevölkerung brauchen. Goethe schrieb schon vor bald 200 Jahren 1819: „Das Land, das die Fremden nicht beschützt, geht unter“. Daneben geht es auch darum, gemeinsam Fluchtursachen im Nahen Osten zu bekämpfen und die Werte unseres Grundgesetzes, wie Menschenwürde, Gleichberechtigung, Trennung von Religion und Staat, zu verteidigen.



WAS KANN BERATUNG LEISTEN?

Vortrag von Bernd Stracke,
Geschäftsführer, Institut B3



Das Thema meines Vortrags lautet „Was kann Beratung leisten und wie kann Beratung gelingen?“ Während der Vorbereitung darauf habe ich mich gefragt: Wie steige ich in die Runde ein, damit ich Gefühle wecke und das Thema öffne, ohne zu statisch und formell zu werden? Das wollte mir erst nicht recht gelingen. Also habe ich versucht, mich in die Menschen zu versetzen, die aktuell diese ganze Entwicklung erleben.

Ich habe beobachtet, was gerade medial läuft – im Internet, in den sozialen Medien, im Fernsehen, in den Zeitungen: Feuer, Krieg, Flucht, Anschläge, Proteste, Gewalt, Populismus, eine ständig sich ändernde Lage. Wenn man sich gestern über eine Sache eine Meinung gemacht hat, ist man zwei Tage später schon wieder auf einem anderen Boot unterwegs und denkt

über etwas ganz anderes nach. Ein Druck, den die gesamte Bevölkerung aushalten muss und der enorm ist. Das ist ein sehr hoher Anspruch an die Menschen, die ja außerdem alle auch ihrer Arbeit nachgehen. Ich habe mir dann gedacht: Na ja, wie wäre es, die Medien einfach mal abzuschalten. Einfach mal den Fernseher ausmachen und die Zeitung im Kasten lassen. Aber dann ist mir klar geworden: Das ist nicht zu machen, weil die Probleme real sind. Sie finden tatsächlich statt. Wenn Häuser angezündet werden, die potenziell für Asylsuchende ins Auge gefasst worden

sind, dann passiert das in den Dörfern, es passiert direkt nebenan. Ich kann das gar nicht mit den Medien ausschalten. So sehe ich das.

Spaltung – bis hinein in die Familie

Die Menschen erleben im Moment eine Spaltung der ganzen Welt. Ich fange etwas kleiner an: Sie erleben eine Spaltung Europas. Noch ein bisschen kleiner gesagt: Sie erleben eine Spaltung von Parteien und von Kommunen, in denen es Streit gibt. Eine Spaltung von Vereinen und von Familien. Ich mache es wieder an einem Beispiel fest: Ich war letzte Woche bei meinen Eltern, die beide etwas schwerhörig sind. Beide redeten auf mich ein. Mein Vater regte sich über die Regierung auf, weil sie es nicht schaffe, die alten NVA-Kasernen in Leipzig für Asylbewerber zur Verfügung zu stellen. Er appellierte an die Verantwortung der Deutschen, bei allem, was sie in der Welt angerichtet hätten, dass sie jetzt endlich die Chance bekämen, es besser zu machen. Wieso kriegen sie das nicht hin? Gleichzeitig sinnierte meine Mutter auf der anderen Seite in einer enormen Lautstärke über die Asylanten

und was die alles hätten, was ihre Enkel nicht haben. Das nur als Beispiel, was innerhalb einer Familie passieren kann. Die beiden haben es voneinander nicht mitbekommen, weil sie sich nicht mehr verstehen.

Aber ich sitze in der Mitte und denke: Was ist hier eigentlich los? Die Spaltung geht bis in die kleinste Zelle hinein. Das ist auch bei den Vereinen vor Ort, in der Zivilgesellschaft, in den einzelnen kleinen Orten spürbar. Der Populismus ringsum hat mit Sarrazin angefangen und geht jetzt weiter mit den Pegida-Demos. Die Versammlungslage ist auch im ländlichen Raum enorm. Es gibt eine Renaissance der Nazis.

Ich will ein Stück zurückschauen. Vor 15 Jahren, als von Gerhard Schröder der „Aufstand der Anständigen“ ausgerufen worden ist, haben viele von uns angefangen, in diesem Bereich zu arbeiten. In den letzten 15 Jahren ist eine ganze Menge erreicht worden, aber es gibt extreme Unterschiede zu heute. Damals war es relativ einfach, die Dinge zu verorten. Da gab es dort die Kameradschaft, es gab die NPD, die hatten ein

Outfit und man konnte sie erkennen. Man musste nur die Entwicklung verfolgen, dann konnte man es auch anderen erklären: Warum sie sich entwickeln, warum sie auf einmal anders sind, warum sie ihre Symbole verstecken. Es war alles recht überschaubar.

Nichts ist mehr überschaubar

Das ist jetzt vorbei. Im Moment ist gar nichts mehr überschaubar. Die Menschen bei den Demonstrationen tragen keine Bomberjacken mehr. Sie sind in der Funktionsjacke unterwegs. Erwachsene Menschen im Alter meines Vaters oder meiner Mutter demonstrieren, sind aufgeregt und versuchen, ihren Gefühlen auf der Straße Luft zu machen. Die Entwicklung geht dahin, dass rechtsextreme Gruppierungen, vor allen Dingen Parteien, die Anmelder der Demonstrationen sind. Gerade in Südsachsen ist das extrem der Fall, aber auch in Brandenburg. Das stört jedoch die Demonstrierenden auf einmal gar nicht mehr – sie laufen dort einfach mit. Es gehen erwachsene Leute neben Galgen her und neben Beleidigungen von Politikern – das hat eine andere Qualität. Es ist anders als vor 15

Jahren. Das ist im Moment eine Herausforderung, die sich ständig verändert und eine extrem vielfältige Problemlage. Deshalb denke ich, dass auch wir, die wir in dem Problemfeld arbeiten, im Grunde genommen einen „Reboot“ brauchen, einen Neustart – vor allen Dingen in der Beratung. Das ist nichts Schlimmes. Es passiert immer mal wieder in der Gesellschaft, dass man auf Dinge reagiert, dass man seine Arbeit Revue passieren lässt und auch mal neu einsteigt und sich fragt: Was ist denn an dem, was wir bisher gemacht haben, richtig gewesen? Was ist vielleicht nicht so richtig gewesen? Und wohin wollen wir? In diesem Moment befinden wir uns im Augenblick.

Ich denke, die vielfältige und sich ständig ändernde Problemlage verlangt vielfältige Methoden, vielfältige Kompetenzen und vielfältige Ansätze. Natürlich brauchen wir nach wie vor auch Prävention. Damit meine ich Bildung, Jugendarbeit und Soziokultur. Das ist enorm wichtig. Hier muss nach wie vor die Basis geschaffen werden, damit sich an der Gesamtatmosphäre etwas ändert. Aber jetzt im Moment bedarf es vor

allen Dingen der Arbeit in der Intervention. Wir benötigen die Beratung und die Begleitung vor Ort. Wo es brennt, wo Dinge passieren: Dort müssen wir hingehen. Dort brauchen die Menschen Unterstützung. Dort brauchen die Leute Halt.

Zusammenarbeit auf Augenhöhe

Ich habe versucht, fünf Schwerpunkte herauszuarbeiten, die meiner Ansicht nach für die Beratung in der kommenden Zeit wichtig sind. Erstens müssen wir im Aufbau und Ausbau eines Beratungsnetzwerks weiter fortschreiten. Träger, die bereits mit Beratung befasst sind, haben bestimmte Zielgruppen: Es gibt eine Aussteigerberatung. Es gibt eine Opferberatung. Es gibt die Beratung für Kommunen. Es gibt die Beratung für Initiativen. Das Netzwerk für Demokratie und Courage bietet Beratung für Schulen an. Hier müssen wir weiter zusammenrücken und eng zusammenarbeiten. Wir müssen Rücksprache halten bis hin zu Fallkonferenzen, wo wir einzelne Orte und kommunale Verbände durchgehen und uns fragen: Was ist deren Aufgabe? Wo stecken jeweils die Kompetenzen?

Zum Zweiten muss es uns gelingen, wirklich alle Bereiche zu berühren – das Gemeinwesen, die Verwaltung, die Bürgermeister, die Verbände, die Initiativen, die Vereine, die in Verbänden organisiert sind, Sport, Feuerwehr und den Karnevalsclub. Alles, was vor Ort von Bedeutung und eine wichtige Größe ist: Wir müssen sie erreichen.

Dazu brauchen wir drittens nicht nur unser Zugehen auf die Kommunen, die Gemeinden und die Zivilgesellschaft vor Ort, sondern wir müssen mit staatlichen und nichtstaatlichen Institutionen Hand in Hand arbeiten. Das ist extrem wichtig, weil es gerade jetzt im Moment sehr viele Punkte gibt, wo wir mit der Beratung am Ende sind. Das fällt besonders in Sachsen auf. Da sind möglicherweise der Staatsschutz, die Polizei und der Verfassungsschutz gefragt. Hier muss die Zusammenarbeit gelingen – und das auf Augenhöhe.

Die Beratung geht eher in Richtung Begleitung und Unterstützung. Ich denke, es ist extrem wichtig, dass wir dialogisch und systemisch vorgehen. Die Leute

vor Ort sind Spezialisten für ihr System. Sie kennen ihr Dorf in- und auswendig. Da braucht man nicht einer Partei angehörig zu sein, da kann der Bürgermeister, der Ortschaftsrat oder der Ortsvorsteher vorher beim Faschingsclub oder beim Heimat- und Schlossverein gewesen sein – der braucht dann unsere Unterstützung. Das funktioniert aber nur, wenn wir dieses System vor Ort akzeptieren und den Menschen in seinem System verortet akzeptieren.

Sprache ohne Überheblichkeit

Wir müssen interdisziplinär arbeiten. Das heißt, wir müssen wirklich Grenzen überschreiten. Wir müssen mit Psychologen arbeiten, mit Mediatoren, mit Moderatoren. Wir müssen aufklären und bilden, und wir müssen auch mit den Verwaltungen der Polizei vor Ort arbeiten und dort nicht selbst Grenzen ziehen – aus politisch-ideologischen Gründen oder warum auch immer. Das muss uns einfach gelingen.

Wir sollten es schaffen, an die Sache multiperspektivisch heranzugehen, also ohne eine bestimmte politi-

sche Idee. Ich darf die Beratung nicht missbrauchen, um meine eigenen politischen Ziele durchzusetzen. Wenn ich als politischer Akteur unterwegs bin, dann ist es sehr schwer, systemisch oder dialogisch unterstützend in das System einzugreifen. Ich bin mir dann selbst im Weg. Ich halte es für wahnsinnig wichtig, dort ein Stück von der politischen Ambition, die ich persönlich möglicherweise habe, wegzugehen.

Und wir sollten partnerschaftlich vorgehen. Wir sollten nicht die Wahrheit schon im Rucksack mitbringen. Wir sollten versuchen, eine Sprache ohne Überheblichkeit zu finden. Im Zusammenhang mit den Demonstrationen und den aufgeregten Bürgern, die dort sind, passiert das nämlich sehr oft. Oftmals höre ich von der engagierten Seite diesen Menschen gegenüber nur Spott und Hohn. Aber damit erreichen wir gar nichts, außer noch mehr Wut auszulösen. Wir müssen das partnerschaftlich schaffen und es aushalten. Wir sind die Profis, nicht die. Also müssen wir das hinkriegen. Das ist extrem wichtig.

Wir brauchen eine Vielfalt an Methoden und Kompetenzen. Vor allen Dingen gilt es in der Beratung zu merken: Wir müssen nicht mehr alles selber können. Wenn ich an meine Grenze komme, muss ich nur wissen: Wo ist derjenige, der das kann, was ich nicht kann. Es geht darum, einen Pool an Experten und Spezialisten zu haben, dem ich vertraue und auf den ich zurückgreifen kann. Und ich denke, da liegt der Hauptpunkt bei den fünf Punkten, die ich hatte. Das war nämlich erst der vierte.

Der fünfte Punkt ist: Wir müssen unbedingt wirkungsorientiert arbeiten. Hier spalten sich die Geister in der Zivilgesellschaft und in der Beratungsszene: Wirkungsorientiert heißt, wir müssen uns auf die Finger schauen lassen. Wir müssen mit Evaluation arbeiten. Wir müssen dokumentieren, was wir tun und was dabei herausgekommen ist. Wir müssen eine Qualitätssicherung implementieren. Wir müssen alles miteinander vernetzen. Wir benötigen einen professionellen Erfahrungsaustausch, damit das, was wir tun, auch tatsächlich an seiner Wirkung gemessen werden

kann. Das finde ich enorm wichtig, auch wenn es darüber in der Vergangenheit verschiedene Meinungen gab.

Es braucht vor allem Empathie

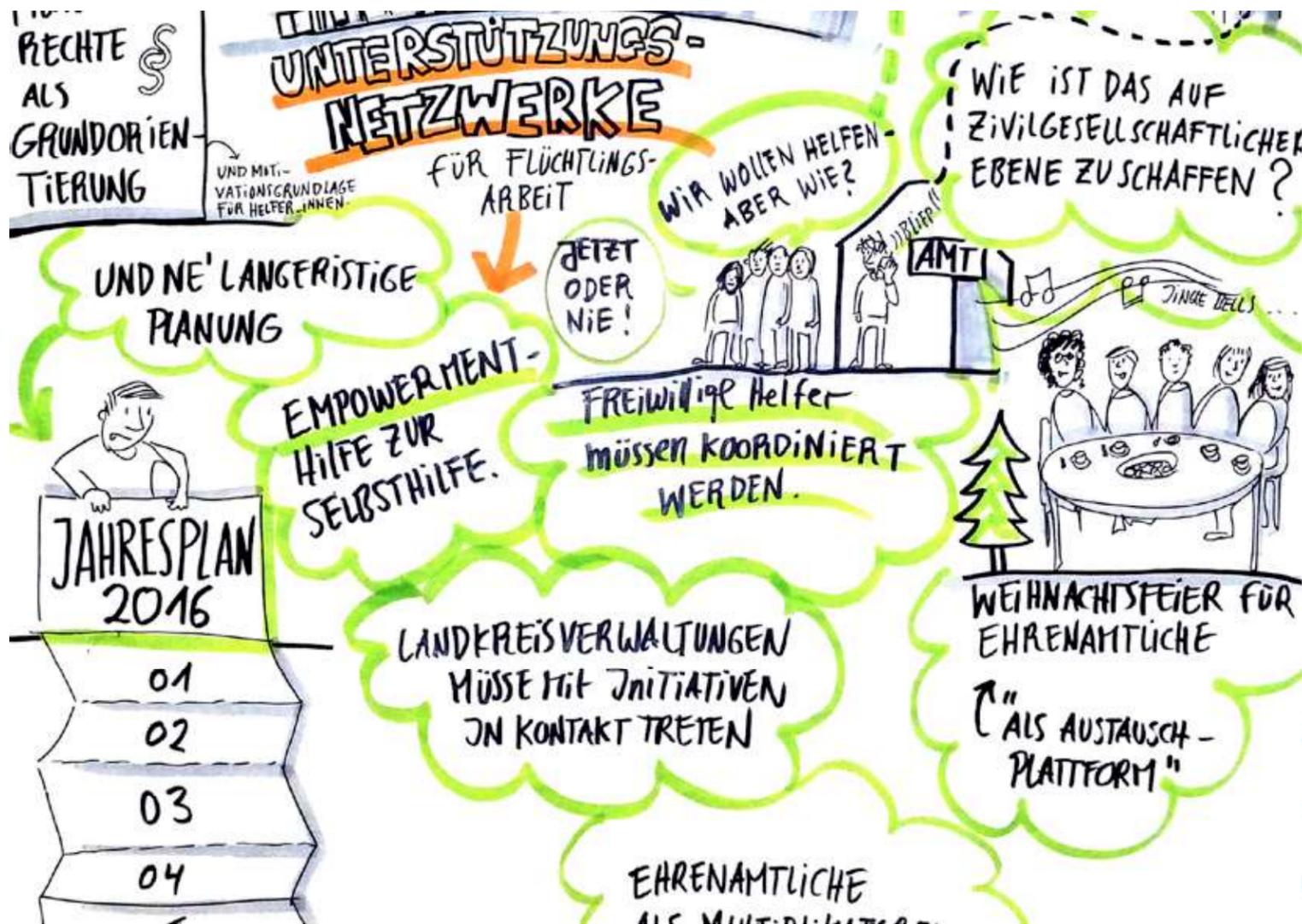
Ich habe mit Freunden aus den westlichen Bundesländern gesprochen. Sie kennen das bestimmt auch – diese Fragen nach den Hintergründen: Was ist denn da bei euch los? Was macht ihr denn da in Sachsen? Ich habe zurückgefragt: Neben den Parolen bei den Demos – was stört euch am meisten? Die Antwort lautete: die fehlende Empathie und das fehlende Gefühl, auch für die Asylsuchenden, für die Hilfesuchenden. Es fehlt die Empathie im Volk. Es fehlt irgendwie Gefühl. Das konnte ich absolut unterschreiben. Genauso geht's mir auch. Das ist auch ein Antrieb für mich, die Dinge zu tun, die ich seit Jahren tue. Aber ich muss hinzufügen: Wir müssen bei uns selbst anfangen. Wir müssen selbst Gefühl und Empathie mitbringen. In der Beratungsszene heißt das: Wir müssen Gefühl und Empathie für die Beratenden in die Orte mitbringen, in denen wir aktiv sind. Die sind möglicherweise ganz

anders als wir. Sie haben andere Ideen und andere Interessen. Sie sind vollkommen anders, auch sprachlich. Wir müssen die Empathie entwickeln, mit diesen Menschen umzugehen, sonst kommen wir in der Breite nicht an.

Vor 15 Jahren hatten wir unsere Hochburgen. Da gab es die rechtsextreme Oberlausitz. Da gab es den Muldentalkreis und selbstverständlich die Sächsische Schweiz. Heute können wir kaum noch einen Ort ausschließen. In allen Orten, also flächendeckend, werden wir mit diesem Problem konfrontiert, müssen damit umgehen. Deswegen fordere ich ein, nicht nur Empathie von einem Riesenbevölkerungskreis zu erwarten, sondern in erster Linie müssen wir Empathie auch in den Beratungen selber erreichen.

Jetzt noch zu einem letzten Punkt. Wir müssen erreichen, dass diese Spaltung, die jetzt spürbar ist und die ich bereits beschrieben habe, in der Zivilgesellschaft und unter engagierten Menschen nicht stattfindet. Es ist mir ein wirkliches Anliegen, dies zu betonen –

gewissermaßen als Appell an unsere Mitstreiter und Kollegen. Wir müssen dort politische Gräben überwinden. Das müssen wir einfach schaffen. Und wir müssen Unterschiede akzeptieren, auch in unserer politischen Meinung und in unseren politischen Ansichten. Wir sollten uns auf Augenhöhe begegnen und miteinander arbeiten. Wir werden es nicht schaffen, wenn wir uns in unseren Nischen vor uns hin entwickeln und uns nicht zusammenfinden. Deswegen betone ich noch mal: Das Beratungsnetzwerk und das ganze Netzwerk, das ringsherum an Initiativen und engagierten Menschen entsteht – wir müssen zusammenhalten. Sonst kann ich den positiven, hoffnungsvollen Aspekt nur ganz schwer sehen. Vielen Dank.



AUSTAUSCH UND VERNETZUNG IM „WORLD-CAFÉ“

Sieben Themen-Tische in der Übersicht:

Wie gelingt Partizipation?

Klare Positionierung von Verantwortungsträgern und Erfahrungen mit Bürgerversammlungen und andere Möglichkeiten der Partizipation. **Gastgeber/-innen:** Ines Vorsatz, Stadtverwaltung Chemnitz, und Dr. Michael Funke, freiberuflicher Berater

Wie denken wir die mit, an die wir nie denken?

Unterstützungnetzwerke für Flüchtlingsarbeit auf zivilgesellschaftlicher Ebene. **Gastgeber:** Sebastian Reißig und Michael Klimke, Aktion Zivilcourage e.V.

Was tun, wenn alles schon zu spät scheint?

Umgang mit hochskalierenden Konflikten. **Gastgeber:** Mike Brendel und Bernd Stracke, Institut B3.

Was ist strategische Öffentlichkeitsarbeit?

Informationspolitik im Kontext der Unterbringung von Flüchtlingen. **Gastgeber:** Tom Waurig, Aktion Zivilcourage e.V.

Alles was Recht ist?

Rechtliche Rahmenbedingungen für die Arbeit mit Flüchtlingen. **Gastgeber:** Hendrik Pusch, Rechtsanwalt und Justitiar beim Landesportbund Sachsen e.V.

Wie gelingen Kooperationen?

Zusammenarbeit von staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen bei der Integration von Flüchtlingen. **Gastgeberin:** Angela Klier, Kompetenzzentrum für Gemeinwesenarbeit Erzgebirge.

Was brauchen wir zur betrieblichen Integration?

Herausforderungen bei der betrieblichen Integration von Flüchtlingen. **Gastgeber:** Ralf Hron und Steven Seifert, DGB Südwestsachsen.

Ein Tag, ein Saal und sieben Tische – bespannt mit makellos weißen Papierbögen, die darauf warten, mit Thesen und Ideen, Fragen und Geistesblitzen, Visionen und Lösungsansätzen gefüllt zu werden. Und sie füllten sich. Die etwa 90 Tagungsgäste aus Verwaltungen, Gewerkschaften, Bündnissen und Vereinen in Sachsen diskutierten in drei Runden Fragestellungen, die für die Akteure im Kontext von Flüchtlingshilfe und Integration relevant sind. Sieben Themen und Gastgeber standen zur Auswahl. Drei davon werden im Folgenden genauer betrachtet.

Themen-Tisch: Wie denken wir die mit, an die wir nie denken?

Wir müssen alle mitnehmen!

Das Ehrenamt ist wichtig. Vermutlich war es selten so wichtig wie in diesen Tagen, da freiwillige Helferinnen und Helfer aus der Zivilgesellschaft enorm dazu beitragen, die Herausforderungen angesichts einer Vielzahl an Geflüchteten in Städten und Gemeinden zu bewältigen. „Es gibt viele, die sich engagieren wollen“, sagt Sebastian Reißig vom Verein Aktion Zivilcourage.



ge. Er und sein Kollege Michael Klimke fragen: Wie kann man das Ehrenamt unterstützen? Oder, anders gesagt: Wie denken wir die mit, an die wir nie denken? Am Willen zum Engagement scheint es nicht zu fehlen, ist von einem Tischgast zu hören: „Es mangelt nicht am Ehrenamt, sondern an der Struktur.“ Etwa in Form einer „Koordinierungsstelle für das Ehrenamt“, wie es ein anderer Teilnehmer formuliert. Es geht um Selbstverwirklichung, Anerkennung, „Empowerment“ und das Gefühl von Gemeinschaft. Wer will was machen und warum? Wenn man das im Blick habe, sei

es einfacher, freiwillige Helferinnen und Helfer zu motivieren und diese Motivation auch zu erhalten. Es gebe jedenfalls eine große Nachfrage und viele Leute, die sich politisieren und die helfen wollen, so Reißig. Dem steht die Perspektive eines anderen Redners entgegen: „Sind wir nicht dabei, das Ehrenamt zu überfordern?“, fragt er. „Viele Ehrenamtler sind erschöpft.“ Manche hätten deshalb sogar Probleme mit dem Arbeitgeber. Werde nicht zu viel von der Zivilgesellschaft verlangt, während sich die Politik darauf ausruhe? Eine Teilnehmerin befürchtet, dass der soziale Neid zunehme. Aus dem Sport gebe es an manchen Stellen Unmut darüber, dass jetzt plötzlich Geld für Geflüchtete da sei. Geld, das auch schon früher gefehlt habe. „Man muss alle mitnehmen“, sagt sie – ein Appell, der am Tisch rege diskutiert wird. Weitere zentrale Fragen aus dieser Runde sind: Wie können aktive Ehrenamtliche geschützt und gestärkt werden? Wie werden schwerwiegende Aufgaben auf mehrere Schultern verteilt? Und wie kann man interessierten Helfern einfache Zugänge eröffnen? Die Diskussion wird fortgesetzt.

Themen-Tisch: Wie gelingen Kooperationen? Vernetzung lautet das Zauberwort

Wie gelingen Kooperationen zwischen Zivilgesellschaft und kommunaler Verwaltung? Das fragen sich die Teilnehmenden am Tisch von Angela Klier, Leiterin des Kompetenzzentrums für Gemeinwesenarbeit Erzgebirge. „Die aktuellen Herausforderungen können wir nur gemeinsam bewältigen“, stellt sie fest. Durch die Arbeit von ehemaligen Lokalen Aktionsplänen und heutigen Partnerschaften für Demokratie hätten viele Akteure eine Vorstellung davon, wie



solche Kooperationen aussehen könnten. Geflüchtete unterzubringen und sie in die Gesellschaft zu integrieren, sei jedoch ein relativ neues Handlungsfeld, so dass man vielerorts die bestehenden Strategien und Kooperationen überprüfen und neu ordnen müsse. Vernetzung lautete das Zauberwort, denn nur „wenn man voneinander weiß, kann man sich austauschen und Ressourcen sparen“, wie eine Rednerin feststellt. Mancherorts in Sachsen funktioniere die Zusammenarbeit zwischen Kommunen und Zivilgesellschaft sehr gut, in anderen Regionen bestünden noch Hemmnungen, aufeinander zuzugehen. Im Erzgebirge hat sich die Bevölkerung eigenständig daran gemacht, alle Unterstützerkreise „an einen Tisch zu holen“. Mit etwas Verspätung habe der Landkreis dann jedoch verstanden, dass dies eigentlich seine Aufgabe sei, so Klier. Jetzt engagiere sich die Kommunalverwaltung für die Vernetzung der Akteure und entwickle gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern ein Integrationskonzept. Gerade im ländlichen Raum bestehe ein Bedarf an flächendeckenden Schnittstellen für Kooperationen – sei es durch die Stärkung vorhandener oder

die Entwicklung neuer Einrichtungen. Das Programm „Demokratie leben“ sei hilfreich, da stets ein Träger mit im Boot sein müsse, so Angela Klier. „Es ist eine gute Möglichkeit, sich untereinander bekannt zu machen und Synergien zu schaffen.“ Neben der Vernetzung der Institutionen besteht auch Bedarf darin, Informationen sinnvoll zu bündeln und unkompliziert zur Verfügung zu stellen. „Wie bekomme ich heraus, wie eine Schulanmeldung funktioniert?“ Das fragte sich eine ehrenamtliche Helferin am Tisch. Wer macht was? Wer engagiert sich wo? Wer ist bei diesem oder jenem Anliegen zuständig? Eine Art „Strukturatlas“ könnte hier Abhilfe schaffen. Kooperationen müssen, so der Tenor, gewollt sein, sie brauchen Unterstützung in struktureller und ideeller Hinsicht, was leider nicht immer der Fall sei. Deshalb müsse man auch mit kreativen Methoden arbeiten: „Wir müssen mehr positive Geschichten erzählen!“

Themen-Tisch: Was brauchen wir zur betrieblichen Integration?

Wir können es gut machen!

Am Tisch von Ralf Hron und Steven Seiffert vom DGB Südwestsachsen dreht sich alles um die Fragen: Was brauchen wir zur betrieblichen Integration von Geflüchteten? Wie kann Arbeitsmarktintegration gelingen? Ist eine schnelle Integration erstrebenswert oder nicht? „Wir benötigen qualifizierte Arbeitskräfte“, das höre man immer wieder von Arbeitgeberseite, so Hron. Insofern sei die augenblickliche Situation durchaus auch als Chance zu verstehen. Durch die Integration der neu Ankommenden in den Arbeitsmarkt könne das heimische Wirtschaftssystem in der Zukunft profitieren. Dafür sei es aber unerlässlich, „Regelkreisläufe“ zu bilden sowie Geld und Zeit zu investieren. Man müsse ein „positives und offenes Klima“ in Gesellschaft und Betrieben schaffen. Unter keinen Umständen dürften „Verteilungskämpfe“ entstehen. „Wenn es schiefgeht, kostet es viel mehr Geld“, bemerkt einer der Experten am Tisch. Die eingangs formulierte These, dass berufliche Integration ein entscheiden-



der Faktor für die gesellschaftliche Teilhabe aller Menschen ist, zweifelt hier niemand ernsthaft an. Arbeit sei der „soziale Kitt“ der Gesellschaft, meint einer der Teilnehmer. In den Arbeitsmarkt zu investieren, sei nicht nur hinsichtlich der Integration von Flüchtlingen, sondern aus mehreren Gründen notwendig: „Wir dürfen das nicht unterlassen, was wir sowieso tun müssen“, stellt er fest.

Aber was muss getan werden? Die Expertinnen und Experten am Tisch haben dazu schlüssige Ideen. Eine davon lautet: „Wir brauchen Normalarbeitsverhältnisse und eine gesetzliche Einschränkung von Leiharbeit und Werkverträgen.“ Leiharbeitsverhältnisse von 8 Jahren und 15 Jahre in einem befristeten Vertrag seien einfach nicht normal. „Die besondere Entfernung zur Demokratie geht in Sachsen einher mit einer besonderen Entfernung zu Tarifverträgen“, beschreibt Ralf Hron pointiert die Situation.

Was halten wir aus dieser Runde fest? Es gibt alte und neue Hausaufgaben; Geduld und Verstand sind gefragt; Investitionen sind notwendig, aber auch möglich. Ein Teilnehmer drückt es so aus: „Wenn wir es machen, können wir es auch gut machen.“

WIE GELINGT DIE ZUSAMMENARBEIT AUF KOMMUNALER UND LANDESEBENE?

Diskussion mit Ute Seckendorf (Institut B3), Ralf Hron (DGB Südwestsachsen), Dr. Hans Dietrich von Loeffelholz (Ökonom, Migrations- und Integrationsforscher) und Sebastian Reißig (Aktion Zivilcourage e.V.), Moderation: Corinna Korb.

„Es gibt in allen Bereichen fantastisch engagierte Menschen“, sagt Ute Seckendorf, ehrenamtliche Vorstandsvorsitzende des Instituts B3 und Projektleiterin des Bundesprogramms „Zusammenhalt durch Teilhabe“. Diese Beobachtung hat die erfahrene Stiftungs- und Kulturmanagerin in ihrer beruflichen Laufbahn immer wieder gemacht. Nur leider gebe es die Tendenz, dass jeder in seinem Lager bleibe. „Im Ministerium nennen wir das Ressortverharren“, fügt sie schmunzelnd hinzu. Diese „wunderbaren Menschen“



aus Sachsen und anderen Regionen, die sich seit Jahren für Demokratie und Vielfalt engagieren, gelte es zusammenzubringen. Synergien zu schaffen und gemeinsam weiterzukommen, ist Ute Seckendorf ein persönliches Anliegen. Diese Vision führte unlängst zur Gründung des Instituts B3 für Beratung, Begleitung und Bildung e.V. sowie zu dessen erster Fachtagung am 23.11.2015.

Unter dem Titel „Kommunale Beratung im Kontext von Flüchtlingshilfe und Integration“ ging es darum,

wie die Zusammenarbeit von Zivilgesellschaft, Verwaltung und Wirtschaft verbessert werden kann. Die Liste der Teilnehmer und Teilnehmerinnen, die lockere und dennoch konzentrierte Atmosphäre („fast wie in einer Kneipe“), in der den ganzen Tag über gemeinsam an Themen gearbeitet wurde, und die ersten Ergebnisse dieser Gespräche: All das sieht Seckendorf als Bestätigung und Ermutigung, die Idee weiter voranzutreiben: „Das ist ein Anfang!“ Man werde versuchen, die Aktivitäten in den nächsten Jahren zu verstetigen, um weiterhin „spartenübergreifend miteinander zu diskutieren, Standpunkte und vor allem Erfahrungen auszutauschen.“

Ehrenamt: Potenziale und Grenzen

Der 1997 gegründete Verein Aktion Zivilcourage ist derzeit u.a. in Pirna, Heidenau und der Sächsischen Schweiz aktiv, wie der Geschäftsführer Sebastian Reißig berichtet. Der Verein kooperiert bei seiner Arbeit für Demokratie im ländlichen Raum mit staatlichen und nichtstaatlichen Partnern. Man habe sich anfangs aus dem Flüchtlingsthema herausgehalten, da man

der Meinung gewesen sei, es gebe bereits genügend Gruppen, die sich darauf spezialisiert hätten. Ein Hilferuf des DRK und die mancherorts besorgniserregende Situation „auf der Straße“ überzeugten den Verein jedoch, in dem Aufgabenfeld aktiv zu werden. Mit unerwarteten Folgen: Im Rahmen einer Beteiligungsaktion meldeten sich nicht die erwarteten 50, sondern 750 Personen, die sich ehrenamtlich engagieren wollten. Ausschreitungen und Fremdenfeindlichkeit auf der einen, die große Hilfsbereitschaft der Bevölkerung auf der anderen Seite, außerdem die ganz praktischen Herausforderungen durch die große Zahl der Geflüchteten – all das ergebe eine sehr besondere Situation, die auch besondere Maßnahmen erfordere. Wenn Institutionen wie Aktion Zivilcourage und das Institut B3 dazu beitragen könnten, die Aufgaben besser zu meistern und eine sinnvolle Vernetzung von kommunalen, ehrenamtlichen und staatlichen Aktivitäten herbeizuführen, so sei das begrüßenswert, meint Reißig. Offen bleibe noch, wie dies genau aussehen solle:

„Wir haben heute kontrovers diskutiert, inwiefern das Ehrenamt Dienstleister für staatliche Aufgaben sein

kann“, erklärt Reißig. Darüber werde in Zukunft noch intensiv zu sprechen sein.

Beratung und Bildung kommen an – auch wenn es manchmal etwas dauert

Kann der Osten vom Westen lernen? Auf diese Frage antwortet der Ökonom, Integrations- und Migrationsforscher Dr. Hans Dietrich von Loeffelholz vorsichtig: „Jede Region, jede Generation macht ihre eigenen Erfahrungen“, sagt er. Man könne diese nur in eingeschränktem Umfang übertragen. Der Westen habe eine viel längere Lernphase hinsichtlich der Integration neuer Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung gehabt. Aus bestimmten Dingen in der Vergangenheit könne man allerdings durchaus lernen. Es brauche zwar einen langen Atem und Geduld, aber „wenn alle Seiten zusammenhelfen, sind die Aufgaben zu bewältigen“, davon ist der Experte überzeugt. Im Westen habe man etwa Erfahrung darin, unter welchen Bedingungen Integration gelingen könne. Bildungssystem und Arbeitsmarkt spielten dabei eine entscheidende Rolle. Auch die (Weiter-)Entwicklung einer Will-

kommens- und Anerkennungskultur sei wichtig. Um Migrantinnen und Migranten auf dem Arbeitsmarkt zu integrieren sei es erforderlich, Lebensleistungen anzuerkennen und Potenziale zu erkennen. Aus ökonomischer Sicht sei es notwendig, dass die Menschen bleiben möchten. Um dies zu gewährleisten, müsse man den gesellschaftlichen Konsens und Zusammenhalt dahingehend stärken, dass sich die neu Ankommenen hier wohl fühlten. „Das Ehrenamt allein kann nicht alles leisten“, stellt Loeffelholz klar.

Experten des Wandels

Was können die Gewerkschaften tun und wie ist die Situation in den Betrieben? „Es gibt nicht die Betriebe und die Wirtschaft“, stellt Ralf Hron vom DGB in Südwestsachsen fest. „Es gibt dieselben gesellschaftspolitischen Diskussionsprozesse wie überall“, sagt er, insofern seien die Stimmungen vor Ort sehr unterschiedlich. Man treffe auch hier auf Ängste und Überlastungssituationen, gleichzeitig benötigten viele Unternehmen dringend Arbeitskräfte und sähen die augenblickliche Lage als Chance für alle Beteiligten.

Mit diesen Partnern suche man ganz praktisch nach Lösungen, wie berufliche Integration gut funktionieren könne. „Eine Chance beinhaltet immer die Möglichkeit des Scheiterns“, meint Hron, aber es sei ganz klar, dass wir uns auf den Weg machen müssten: „Die ökonomischen Rahmenbedingungen zwingen uns sowieso dazu, zumal dem Arbeitsmarkt einschneidende Veränderungsprozesse bevorstehen.“ Ralf Hron nennt dazu die Stichworte Demografie und Digitalisierung der Arbeitsprozesse. „Veränderung ist jetzt die Regel“, konstatiert er und stimmt damit mit vielen Unternehmensberatern überein. Die Ostdeutschen hätten allerdings angesichts der aktuellen Ausnahmesituation einen sehr großen Vorteil gegenüber anderen Bürgerinnen und Bürgern: „Weil ich in meinem Leben schon einen absolut umfassenden gesellschaftlichen Wendeprozess hinter mir habe, weiß ich, was das heißt.“ Auch vielen anderen Menschen hier sei das sehr bewusst – diese Erfahrung solle man jetzt ebenso nutzen wie eine andere charakteristische Stärke des Ostens: persönliche Beziehungen und Netzwerke. Und zwar völlig unbürokratisch, wie ein Teilnehmer aus dem

Plenum anmerkt, gemäß der Strategie: „Ich kenne da jemanden, der hat ‘nen Sack Zement ...“

Wir sind auf dem Weg

In der Flüchtlingsfrage gehe es im Augenblick vor allem um pragmatische Lösungen für drängende Anforderungen. Etwa darum, „dass beim ersten Schnee alle ein Dach über dem Kopf haben“, so Hron. In Zukunft sei es jedoch wichtig, noch viel mehr Akteure, die etwas zur interkulturellen Bildung beitragen könnten, zusammenzubringen. Und so ist das Ende der ersten Fachtagung gleichzeitig ein Anfang. Ein „sehr souveräner Aufschlag“, wie Sebastian Reißig es ausdrückt. Ein Auftakt mit vielen Ideen dazu, wie die interdisziplinäre Zusammenarbeit von Zivilgesellschaft, Verwaltung und Wirtschaft vorangebracht werden kann.

REFERENTINNEN UND REFERENTEN

Mike Brendel ist einer von zwei Geschäftsführern des Instituts für Beratung, Begleitung und Bildung e.V. (B3). Er arbeitet seit 2002 in der Jugendverbandsarbeit im Landesfeuerwehrverband Sachsen, ist Mitglied im Jugendhilfeausschuss und im Begleitausschusses der Partnerschaft für Demokratie im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge. Zwischen 2011 und 2015 war er Projektleiter von „Handeln, bevor es brennt!“ beim Landesfeuerwehrverband Sachsen.

Dr. Michael C. Funke startete als Diplom-Physiker in sein Berufsleben, arbeitet aber inzwischen seit 1994 als selbständiger Berater, Supervisor und Coach. Die Beratung und Begleitung von Organisationen in Veränderungs- und Neuorientierungsprozessen gehört zu den Schwerpunkten seiner Tätigkeit, die er mit wertschätzender Haltung und systemischen Blick gezielt in Wirtschaft, Verwaltung, Wissenschaft und Sozialbereich einsetzt.

Ralf Hron ist DGB Regionsgeschäftsführer Südwestsachsen und Mitglied des DGB Bezirksvorstandes Sachsen. Er ist seit Januar 1991 Mitglied im DGB. In der Arbeit gegen Rechtsextremismus engagiert es sich schon seit vielen Jahren auch ehrenamtlich und wurde gerade zum neuen Vorsitzenden des Netzwerkes für Demokratie und Courage (NDC) gewählt.

Angela Klier ist Leiterin des Kompetenzzentrums für Gemeinwesenarbeit Erzgebirge, Systemische Beraterin/LOA, Fachkraft für Kriminalprävention, Sprecherin der Landesarbeitsgemeinschaft Vielfalt Sachsen und seit 2002 in diversen Bundesprogrammen zur Demokratieförderung sowie für das Landesprogramm „Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz“ tätig.

Corinna Korb ist Diplom-Betriebswirtin (FH), systemischer Coach, Organisationsentwicklerin und Geschäftsführerin der Parts – Gesellschaft für soziale Praxis und Projekte mbH. Seit 2001 berät sie Organisationen und Projekte in den Bereichen Demokratieförderung und Demokratiebildung. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind: Moderation, Coaching von Einzelpersonen und Teams, Organisationsentwicklung und Prozessberatung sowie die Konzeptentwicklung und Organisation von Weiterbildungen und Fachveranstaltungen.

Dr. Hans Dietrich Freiherr von Loeffelholz war bis 2014 Chefvolkswirt und Leiter des Forschungsfeldes zu wirtschaftswissenschaftlichen Zusammenhängen der Migration und Integration im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), Nürnberg. Nach dem Studium der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften und einer finanzwissenschaftlichen Promotion war er ab 1979 im Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung (RWI), Essen, als Leiter des Kompetenzbereiches Öffentliche Finanzen und Steuern tätig. 2005 übernahm er die Leitung des Referats „Grundsatzfragen und ökonomische Aspekte der Migration“ im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) in Nürnberg. In dieser Funktion oblag ihm der Auf- und Ausbau der wirtschaftswissenschaftlichen Migrations- und Integrationsforschung des Bundesamtes.

Hendrik Pusch kennt das Vereinsleben als Ehrenamtlicher wie auch als hauptamtlicher Geschäftsführer. Er studierte Jura in Leipzig und Wien, ist niedergelassener Anwalt, Justitiar beim Landessportbund Sachsen

e.V. und promoviert über die „Problemfelder des deutschen Verbandshaftungsrechts“. In seiner Publikation „Recht so?!“ hat er die rechtlichen Grundlagen für Vereins- und Verbandsarbeit umfassend beschrieben.

Sebastian Reißig ist Sozialmanager und gründete 1997 in Pirna die über die sächsischen Landesgrenzen hinaus bekannte Aktion Zivilcourage e.V. Er arbeitet dort seit 2001 als Geschäftsführer. Der Schwerpunkt des Vereins, der mit staatlichen und nichtstaatlichen Partnern kooperiert, liegt auf der vernetzenden und aktivierenden Arbeit für Demokratie im ländlichen Raum.

Ute Seckendorf ist Stiftungs- und Kulturmanagerin und Vorstandsvorsitzende von B3. Sie hat in der Nachwendezeit ein DDR- Kulturhaus zu einem großen sächsischen soziokulturellen Zentrum umgestaltet und im Dresdner Kunstministerium das sächsische Kulturraumgesetz mit auf den Weg gebracht. Seit 2000 setzt sie als Projektleiterin große Bundesprogramme zur Bekämpfung des Extremismus um, aktuell das Programm „Zusammenhalt durch Teilhabe“.

Steven Seiffert ist seit 2015 Projektkoordinator des Projektes „Demokratisch, kompetent vor Ort“ bei der Courage-Werkstatt für demokratische Bildungsarbeit e.V. und seit 2013 Teamer beim Netzwerk für Demokratie und Courage e.V. Zusätzlich schreibt er im Moment an seiner Masterarbeit (TU Dresden) über die rassistischen Mobilisierungen in Schneeberg Ende 2013.

Bernd Stracke ist einer von zwei Geschäftsführern des Instituts B3. Er hat Erfahrungen als Projektleiter in der Jugendsozialarbeit, ist Mitbegründer der Initiative „Augen auf Zivilcourage zeigen“, war Mitglied im Stadtrat Löbau und arbeitete im Bundesprogramm CIVITAS und als Koordinator im lokalen Aktionsplan der Landkreise Görlitz und Zittau. Dort ist er auch Mitglied im Jugendhilfeausschuss und im kriminalpräventiven Rat. Von 2012 bis 2014 war er Geschäftsführer des soziokulturellen Zentrums „Hillersche Villa“ in Zittau.

Ines Vorsatz ist seit 2009 Koordinatorin für demokratische Präventionsarbeit in Chemnitz. Dort ist sie auch in der Stabsstelle im Dezernat 3 für Recht, Sicherheit und Umwelt und Mitglied im Kriminalpräventiven Rat der Stadt. Darüber hinaus arbeitet sie als Moderatorin, Referentin und Beraterin.

Tom Waurig begleitet als Chefredakteur des Courage-Magazins das Bürgerengagement in Deutschland. Der Politikwissenschaftler arbeitet zudem seit über sechs Jahren bei der Aktion Zivilcourage e. V. im sächsischen Pirna. Anreiz für ihn ist, Jugendliche mit innovativen politischen Bildungsprojekten für die Idee der Demokratie zu begeistern.

IMPRESSUM

INSTITUT FÜR BERATUNG, BEGLEITUNG
UND BILDUNG E.V.

Mike Brendel

Telefon: 0170 6 19 06 69
m.brendel@institut-b3.de

Bernd Stracke

Telefon: 0151 52 53 50 68
b.stracke@institut-b3.de

Geschäftsstelle

Lange Straße 43
01796 Pirna

Konzept und Organisation: Parts – Gesellschaft für soziale Praxis und Projekte mbH

Gestaltung: Heilmeyer und Sernau GbR

Text: Tina Bühner

Fotos: Peter van Heesen

Graphic Recording: 123comics



Gefördert im Rahmen des Bundesprogramms
Demokratie leben!



WWW.INSTITUT-B3.DE

